

Staranwalt bei Lisibach



Natalie Rickli und Valentin Landmann.

Auf Einladung von Stadtratskandidat Josef Lisibach (SVP) traten am Samstag in der «Krone» Nationalrätin Natalie Rickli und der bekannte Zürcher Rechtsanwalt Valentin Landmann zu den Themen Freiheit und Sicherheit auf.

Winterthur: Der öffentlichen Veranstaltung und Einladung von Stadtratskandidat Josef Lisibach folgten am Samstagmorgen zahlreiche Interessierte in den Saal des Hotels Krone an der Marktgasse. Umrahmt von einer pointierten Begrüssungsrede von Natalie Rickli und einer ebenfalls themenbezogenen Ansprache und Ausführungen durch Josef Lisibach, mahnte Valentin Landmann in seinem Referat vor Gefahren für die direkte Demokratie, falls bei der Auslegung von Freiheit und Sicherheit die falschen Entscheidungen getroffen würden. gs.



Stadtratskandidat Beat Meier zeigt an der Wahlkampf-Lancierung bildlich, wo er Hebelwirkungen erzeugen will. Bild: gs

Ungleichgewichte ins Lot bringen

Der Grünliberale Stadtratskandidat Beat Meier eröffnete in der Esse-Bar offiziell seinen Wahlkampf. Das Motto «Einer wie Meier... fehlt im Winterthurer Stadtrat» steht für unabhängig, kompetent und vorausschauend.

Winterthur: Thematisch setzt der 49-jährige Stadtratskandidat der Grünliberalen auf die langfristige Lebensqualität in Winterthur. Dazu brauche es eine starke, unabhängige Stadt. Beat Meier tritt mit der Überzeugung an, die Zusammensetzung des Winterthurer Stadtrats in idealer Weise zu ergänzen.

«Meine Kandidatur ermöglicht der Wählerschaft eine echte Wahl. Viele Leute wünschen sich eine politische Veränderung in Winterthur, wollen sich jedoch nicht auf einen politischen Pol festlegen. Ich bin gesellschaftlich liberal, wirtschaftsfreundlich, ökologisch konsequent. Sachliche Lösungen prägen meine Arbeit –

unabhängig vom Links-Rechts-Schema», sagte Meier an seiner Pressekonferenz.

Der ETH-Ingenieur und Ökonom mit Führungserfahrung will mehr Weitblick in die städtische Politik einbringen: «Die Winterthurer Politik ist stark geprägt vom hektischen Reagieren auf akute Probleme. Eine Grossstadt ist wie ein träger Hochseefrachter. Damit die Richtung wirklich stimmt, müssen wir vorausschauender handeln.»

Beat Meier will die hohe Lebensqualität in Winterthur langfristig sichern und verbessern. Dies ist alles andere als garantiert, denn verschiedene Ungleichgewichte bedrohen die Lebensqualität. «Wir müssen die in Winterthur vorhandenen Möglichkeiten klug nutzen, dann sind wir langfristig erfolgreich. Mit geschickten Strategien eine Hebelwirkung erzeugen und dadurch die Dinge wieder ins Lot bringen, das ist meine Devise.» Zu den angesprochenen Ungleichgewichten zählt Beat Meier die Finanzen: Er möchte den Winterthurer Finanzhaushalt zum Ausgleich bringen, ohne voreilig an der

Steuerschraube zu drehen und mittelfristig Reserven bilden.

Zudem müsse Winterthur betreffend Energieversorgung seine Abhängigkeit von fossilen Energieträgern weiter reduzieren. Es brauche noch mehr erneuerbare Energien und die 2000-Watt-Gesellschaft müsse umgesetzt werden und führe unter anderem zu mehr Arbeitsplätzen.

Im Bereich Mobilität brauche es gemäss Beat Meier eine konsequente Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie des Fuss- und Veloverkehrs.

Für ein ausgewogenes Wachstum braucht Winterthur zudem mehr Arbeitsplätze, so Meier: «Die Volksinitiative «Schaffe und Wohn z Winterthur» gibt Gegensteuer für mehr Jobs um die Ecke, weniger Pendler und für eine starke Winterthurer Wirtschaft.»

Vielzahl ist für den Stadtratskandidaten der GLP ein weiterer Schlüssel für die hohe Lebensqualität. Dies gelte für die Kultur und den Sport ebenso wie für den sorgfältigen Umgang mit der Gartenstadt und den Grünflächen am Stadtrand. red.



SVP-Stadtratskandidat Josef Lisibach durfte einen vollen Saal begrüssen. Bilder: gs.

Besser haushalten in Winterthur

Romana Heuberger, Betriebsökonomin und Gemeinderatskandidatin der FDP Winterthur, über die Finanzpolitik der Stadt.

Diese Gelder fallen nicht wie Manna vom Himmel, sondern werden auch von Familien, Gewerbetreibenden und Büchern bezahlt, die mit der überbordenden Ausgabenpolitik der Stadt Winterthur nichts zu schaffen haben.

Echte Sparanstrengungen sind notwendig

Als Gewerbefrau und Mutter weiss ich, dass ich nicht mehr Geld ausgeben kann, als ich habe. Nur die Stadt scheint immer noch zu glauben, dass sie die Einnahmen permanent den Ausgaben anpassen kann. Wenn der Stadtrat wirklich neue Arbeitsplätze in unserer Stadt ansiedeln will, braucht es dringend eine Kehrtwende. Denn mit dem kantonsweit höchsten Steuerfuss, permanent steigenden Ge-

bühren und einer Bau- und Verkehrspolitik, die bereits ansässige Firmen noch in die Flucht schlägt, werden wir dieses Ziel nicht erreichen.

Eine umfassende Sanierung des öffentlichen Finanzhaushaltes ist dringend notwendig. Diese muss durch eine gezielte Verzichtplanung erfolgen. Geben wir dem Parlament doch einen klaren Auftrag: Die Linken sparen 5 Prozent im Sozialwesen und die Bürgerlichen in der Kultur. Gemeinsam richten wir eine Finanzplanung ein, die diesen Namen verdient, statt von der Hand in den Mund zu leben, und einigen uns auf eine qualitative statt mengenmässige Entwicklung dieser Stadt. Eine wirksame Finanzpolitik bedeutet harte Arbeit – ich bin bereit, sie für Winterthur zu leisten.»

«Bei einem Budget von 1,24 Milliarden pro Jahr hat der Stadtrat von Winterthur nach wochenlangen Diskussionen gerade mal 241 000 Franken oder 0,02 Prozent eingespart. Keine reife Leistung. Die Lösung für die Finanzmisere sucht er im Anzapfen neuer Finanzquellen. Vorgesehen ist die Erhöhung der Steuern, der Gebühren und des Zentrumslastenausgleichs statt einer gezielten Verzichtplanung.

Nein zu überhöhten Gebühren

Aus der Patsche helfen sollen zum Beispiel die Stadtwerke Winterthur, welche der Stadtrat dazu verpflichten will, jährlich 15 Millionen aus den gebührenfinanzierten Reserven an die Stadt zu überweisen. Offensichtlich bezahlen wir Winterthurer viel zu viel für unsere Strombezüge, dass so hohe Überschüsse überhaupt gebildet werden können. Und dies in einem Monopolbetrieb der Stadt. Wo bleibt der Aufschrei der Linken? Im Gegensatz zu den Steuern unterliegen die Gebühren keiner Progression und Strom braucht auch die ärmste Familie. Dem Ansinnen des Stadtrates, sich vermehrt an den Gebührentöpfen zu bedienen, muss deshalb im Gemeinderat Einhalt geboten werden.

Millionenbeiträge von Unbeteiligten

Bitterlich beklagt sich der Stadtrat auch über den zu tiefen Zentrumslastenausgleich, welcher bei rund 85 Millionen Franken liegt. Mit keinem Wort erwähnt er den Ressourcenausgleich von nochmals rund 85 Millionen Franken sowie die Beiträge im Schul- und Sozialwesen von mehreren Millionen, welche wir von Bund und Kanton erhalten haben.



Romana Heuberger, Gemeinderatskandidatin der FDP Winterthur. Bild: pd.

offener brief an den stadtrat

Schneeräumung und Sparen: das war knapp!

Zu den Sparmassnahmen Effort 14+ der Stadt beim Winterdienst («Stadtanzeiger» vom 12. November 2013)

Soeben bin ich lebendig im Büro eingetroffen. Das wäre an sich nicht so erwähnenswert, wenn ich nicht – wie immer – mit dem Velo gekommen wäre. Und das am ersten Morgen, an dem die Sparvariante der Schneerräumung zur Geltung kam. Auf den Quartierstrassen, auf denen ich der erste Verkehrsteilnehmer war, konnte man noch durchkommen. Schon schwieriger wurde es dort, wo mangels Räumung des Trottoirs festgetretene Fussspuren in der Mitte der Strasse waren. Auf den grösseren Strassen liess sich gut fahren, allerdings fast in der Mitte der Strasse: Der Schnee, der dort weggeräumt war, war am Rand aufgehäuft, an den man normalerweise Velofahrer verbannt.

Als ich am letzten Lichtsignal anhielt, brauste ein Auto in Zentimeterabstand an mir vorbei und bei Rot über die Kreuzung. Offensichtlich hatte den Fahrer seine Geduld verlassen, weil er mich vorher nicht überholen konnte. Als Winterthurer Steuerzahler ist mir klar, dass die Stadt sparen muss, und die reduzierte Schneerräumung ist ein publikumswirksames Signal. Sicher ist es nicht die Absicht der Stadtregierung, diese Einsparung auf Kosten der Sicherheit der Velofahrer zu ma-

chen – Winterthur hat einen Ruf als Velostadt zu verlieren. Deshalb bitte ich Sie zu veranlassen, dass an Tagen mit winterlichen Verkehrsbedingungen eine generelle Geschwindigkeitsbeschränkung von 15 km/h auf allen Strassen eingeführt wird, bis die Velostreifen, Trottoirs und Quartierstrassen geräumt sind. Auf diese Weise wird allen Verkehrsteilnehmern konkret vor Augen geführt, dass Sparen bedeutet, langsamer zu treten – und zu fahren. Abgesehen davon dass ich besser schlafen kann, wenn ich weiss, dass meine Kinder ohne Lebensgefahr in die Schule kommen können.

Johannes Müller
Noch Velofahrender Winterthurer



In der Nacht auf Freitag fiel in Winterthur wieder Schnee. Bild: urs.

politisches schaufenster

Auf der Seite «Politschau» werden politische Themen redaktionell angegangen. Politiker sowie Parteien und Organisationen aus Winterthur und der Region haben aber auch die Möglichkeit, sich gegen Bezahlung zu präsentieren, politische Anliegen zu vertreten und Stellung zu Projekten, Vor-

lagen und Wahlen zu beziehen. Diese Artikel müssen vom Autor oder der Partei jeweils namentlich gekennzeichnet sein. Bei diesen Beiträgen handelt es sich nicht um die politische Positionierung der Redaktion. red.

Weitere Informationen:
redaktion@stadi-online.ch, Tel. 052266 9980